

Grünes Licht für größeres Gewerbegebiet

Nach einer Bürgerdemo gegen Achim-West bringen die Planungspolitiker die Erweiterung auf den Weg



Die Ausschussmitglieder mussten nach der Drehtür erst durchs Spalier der Demonstranten, ehe sie den Ratssaal erreichen konnten.

FOTO: BJÖRN HAKE

VON KAI PURSCHKE

Achim. Nach der Demonstration von Bürgern gegen das neue Bäderbetriebskonzept hat Achim am Dienstagabend im Rathaus nun seinen nächsten Protest erlebt – wenn auch im deutlich kleineren Rahmen. Rund 30 Achimer

Rentabilität im Vordergrund stehe. „Wissen Sie überhaupt noch, warum das Thema Achim-West gestartet wurde“, fragte die Uphuserin, die zugleich als Bürgervertreterin für das Projekt fungiert, die Ratsleute. Die Verkehrsbelastung Uphusens sei das Ziel gewesen, das Gewerbegebiet nur Mittel zum

Gewerbeplätze in neun bis zwölf Jahren veräußern zu können, weil es die Erfahrungen und Nachfragen von Unternehmen aus den Jahren 2016 bis 2018 gezeigt hätten. Dieser Zeitraum war in der bisherigen Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht enthalten, ein neues Gutachten soll spätestens im April vor-

der als Puffer für die Anwohner nördlich der Bahn dient, stimmten letztlich vier Ausschussmitglieder, zwei dagegen. Die FDP hatte entschuldigt komplett gefehlt und zwei Vertreter der CDU waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal. Die derzeitige Finanzierungslücke, die auf rund 23 Millionen

und Mitglieder der Bürgerinitiative Uphusen (BIU) haben im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr gegen das Projekt Achim-West Flagge gezeigt. Oder besser: gelb gefärbte Hüte aus Zeitungspapier. Sie kritisieren die mittlerweile auf mindestens 140 Millionen Euro angewachsenen Kosten für das Projekt, die Flächenversiegelung und die Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität durch Lärm und Verkehr, die sie befürchten.

Auf längere Gespräche ließen sich die Ausschussmitglieder, die – sofern sie den Haupteingang benutzt hatten – durchs Spalier der Demonstranten gehen mussten, nicht ein, nach Eröffnung der Sitzung wurde dagegen umso mehr geredet. Zunächst in der Einwohnerfragestunde, in der einige der rund 70 anwesenden Zuhörer im vollen Ratssaal sich mit sorgenvoller Miene an die Vertreter der Verwaltung und des Stadtrates gewandt hatten. Nadine Fischer etwa regte sich darüber auf, dass nur noch das Gewerbegebiet und dessen

Zweck, um die Entlastungsstraße finanzieren zu können.

Das Gewerbe- und Industriegebiet soll, wie berichtet, gar 90 statt 75 Hektar groß sein und die Baukosten für die Infrastruktur haben sich von anfänglich mal 40 Millionen Euro auf nunmehr 140 Millionen Euro mehr als verdreifacht. „Mehr Gewerbegebiet bringt mehr Verkehr – wird Uphusen da überhaupt noch entlastet“, stellte sie infrage. Und während die Stadtverwaltung bisher stets sehr darauf bedacht war, die Verkehrsentlastung Uphusens in den Vordergrund zu rücken, sagte der Erste Stadtrat Bernd Kettenburg als Projektleiter der Stadt: „Der Rat hat schon 1999 den Flächennutzungsplan beschlossen, mit einem Gewerbe- und Industriegebiet zwischen den Autobahnen 1 und 27, es kommt also nicht überraschend.“

Überraschend war dagegen augenscheinlich für viele Bürger, dass die Projektgesellschaft Achim-West, die von Verwaltungsmitarbeitern geführt wird, glaubt, die 90 Hektar

liegen. Es soll dann auch die bisher nicht auf Grundlage der neuen Parameter ermittelten steuerlichen Einnahmen für Achim und die anderen Beteiligten wie Bremen enthalten.

70 Euro für einen Quadratmeter

Da die Projektgesellschaft damit rechnet, 63 Millionen Euro durch den Verkauf der 90 Hektar einzunehmen, müsste sie 70 Euro pro Quadratmeter erzielen. Auch das zweifeln Bürger an, die von Schönrechnerei sprechen. Bernd Kettenburg erklärte auf ihre direkte Nachfrage dazu, dass Achim derzeit 48 bis 50 Euro pro Quadratmeter für ein Gewerbeareal bekomme, aber beispielsweise Bremen und Oytzen „teilweise drüber“ lägen. Demnach versprechen die Attraktivität des Gebiets und die Vermarktung zusammen mit der Bremer Wirtschaftsförderung deutlich höhere Verkaufserlöse, als sie derzeit in Achim erzielt werden.

Für die Änderung des Flächennutzungsplanes und damit eine Vergrößerung sowohl des Gewerbegebiets als auch des Schutzstreifens,

Euro angewachsen ist, liegt offenbar diversen Ratsleuten schwer im Magen.

„So ist es für die Stadt nicht zu wuppen“, sagte Petra Geisler (SPD), die es für wichtig hält, dass in Achim genügend Geld hängen bleiben müsse, da sich das Gebiet auf Achimer Boden befindet. Auf Nachfrage von Volker Wrede (CDU) sagte Kettenburg zu, dass das neue Gutachten auf jeden Fall vorliegen werde, bevor die Politik eine Entscheidung treffen soll. Peter Bartram sagte, die Verwaltungsspitze müsse sich nun Gedanken über die Finanzierung machen und dann einen Plan vorlegen. „Sie versuchen es – entscheiden werden wir“, betonte Bartram, zumal derzeit weder eine Planungssicherheit noch die Finanzierung gegeben sei. Eine Lanze fürs Projekt Achim-West auch mit Blick auf die neuen Zahlen brach Birgitt Strittmatter vom Wirtschaftsbeirat Achim. Deutlich gegen das Projekt sprachen sich Wolfgang Mindermann (parteilos) und Wolfgang Heckel (WGA) aus, die dafür Applaus der Bürger ernteten.